



Bundesregierung sieht positive Entwicklungen im Wohnungsbau

06.03.2025 Fachinformation

Die schwierige Lage im Bausektor ist nach Ansicht der Bundesregierung durch gemeinsame Kraftanstrengungen von Wirtschaft und Politik trotz Krieg, Inflation, höheren Zinsen und gestörten Lieferketten weitestgehend stabilisiert worden. In einer Antwort der Bundesregierung (20/14964) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (20/14735) wird darauf verwiesen, dass es im Bausektor nicht zu einem Abbau von Kapazitäten in nennenswertem Umfang gekommen sei. Es sei gelungen, die Wohnungsbauzahlen auf einem hohen Niveau, das deutlich über dem Durchschnitt des vorangegangenen Jahrzehnts liege, zu stabilisieren.

Im Jahr 2021 (als die Bauwirtschaft noch geboomt habe) seien deutschlandweit rund 300.000 Wohnungen gebaut worden. Obwohl der russische Angriffskrieg auf die Ukraine die Bauwirtschaft 2022 stark getroffen habe und Zinsen, Bau- und Energiepreise in die Höhe getrieben worden seien, seien 2022 (295.275) und 2023 (294.399) fast genau soviel Wohnungen gebaut worden. Nach wie vor befänden sich über 800.000 Wohnungen im Bauüberhang, davon seien über 390.000 Wohnungen bereits im Bau. Damit könne die Bautätigkeit weiter stabilisiert werden.

Außerdem verweist die Bundesregierung in der Antwort auf mehrere auf den Weg gebrachte Wohnungsbauprogramme sowie auf die ausgeweitete Förderung des sozialen Wohnungsbaus. „In vielen Bundesländern wurde bereits eine Trendwende eingeleitet, und es wurden wieder mehr Sozialwohnungen geschaffen“, schreibt die Regierung. Darüber hinaus habe das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen mit dem „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ wichtige Stakeholder aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik an einen Tisch geholt und gemeinsam neue Ansätze und Ideen entwickelt. Verwiesen wird auch auf Maßnahmen zur effektiven Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung sowie zur Senkung der Baukosten. Die Wohngeld-Plus-Reform habe außerdem maßgeblich dazu beigetragen, dass mehr Haushalte mit geringen Einkommen als je zuvor Unterstützung bei ihren hohen Wohnkosten erhalten würden.

Zu den Aussichten im Bausektor schreibt die Regierung, das Volumen der Wohnungsbaukredite sei nach den Daten der Bundesbank bereits im Jahr 2024 wieder gestiegen. Zuletzt hätten sich auch die Auftragszahlen erholt. „Führende Experten und Wirtschaftsforschungseinrichtungen gehen davon aus, dass sich im Jahr 2025 eine spürbare Trendwende bei der Baukonjunktur vollziehen wird“, heißt es weiter.

Quelle: Parlamentsnachrichten Deutscher Bundestag (heute im Bundestag Nr. 110)